

Gegen Segregation – Studentische Wohnungspolitik im 21. Jahrhundert

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Zielsetzung:

Das Studentenwerk Gießen wird aufgefordert künftige Wohnungsbauprojekte in Kooperation mit dem kommunalen Wohnungsbau durchzuführen und Abstand von einer Wohnungspolitik zu nehmen, die auf die Schaffung und den Erhalt reiner Studentenwohnheime setzt.

Die künftige Wohnungspolitik des Studentenwerks soll auf einen Mix der Bewohner*innenschaft aus Studierenden und Nichtstudierenden hinwirken. Ziel ist es, dass Studierende und Mieter*innen des kommunalen Wohnungsbaus Tür an Tür wohnen und eine stärkere soziale Durchmischung sowohl der Wohnobjekte, als auch der Stadtteile in Gießen erreicht wird. Eine wohnungspolitische Segregation der jeweiligen Personengruppen wird klar abgelehnt. Eine Einbringung des Studentenwerks in die Stadtentwicklungspolitik soll hingegen erklärtes Ziel sein. Ein wünschenswerter Belegungsmix in einem Wohngebäude könnte beispielsweise bestehen in 1/3 Studierende, 1/3 Sozialmieter*innen und 1/3 freifinanzierte Vermietung.

Umsetzung durch Bindungstausch

Wo es die Bestandsstruktur ermöglicht, soll das Studentenwerk Wohnungen mit anderen öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften tauschen. Die jeweilige Belegungsbindung soll mit getauscht werden.

Bei Neubau soll das Studentenwerk Gießen von Anfang an mit öffentlichen Wohnungsbauunternehmen, insbesondere mit der Wohnbau Gießen GmbH, kooperieren und den Bau gemeinsam genutzter Wohnobjekte anstreben.

Instandsetzungen

Um keine Zuständigkeitskonflikte bezüglich der Instandsetzungsaufgaben entstehen zu lassen, soll die sinnvollste Art der Kooperation zwischen der Abteilung Facility Management des Studentenwerks Gießen und dem jeweiligen Kooperationspartner, geprüft werden. So bestünde etwa die Möglichkeit einzelne Objekte komplett in den Zuständigkeitsbereich einer der beiden Kooperationspartner zu stellen und die Kosten zu teilen. In jedem Fall muss gesichert sein, dass die vollständige Instandhaltungstechnische Verantwortung für ein einzelnes Wohnobjekt in den Händen einer Institution liegt, um Zuständigkeitskonflikte zu vermeiden.

Soziale Infrastruktur

Auch die Vorhaltung sozialer Infrastruktur soll so organisiert werden, dass nach Möglichkeit eine gemeinsame Nutzung durch Studierende und Nichtstudierende ermöglicht wird. Dies bezieht sich unter Umständen auch auf die Verteilung der Betriebskosten. Eine entsprechende Einbringung des Studentenwerks in Prozesse der Stadtentwicklungspolitik sollte daher künftig ein obligatorisches Element der Studentenwerkspolitik darstellen.

Begründung:

Eine Segregation der Studierendenschaft in regelrechte „Studierendenquartiere“, wie etwa dem Unterhof, ist nicht sinnvoll und auch nicht erstrebenswert. Vielmehr sollten sozial durchmischte Quartiere die Zielsetzung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik sein. Menschen sollen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld sehen, wie es anderen Menschen in anderen sozialen Lagen geht. Die äußere Sichtbarkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe im Stadtbild stellt für alle Seiten eine Bereicherung dar, sei es als (oft unbewusstes) Vorbild für die eigene Lebensplanung, als „Erdung“, durch die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit, als kulturelle Anregung aus anderen Kultur- und Glaubenskreisen oder einfach nur als das gegenseitige Kennenlernen von Menschen, die sich in anderen Lebenszusammenhängen nie begegnen würden.

Auch das Studentenwerk Gießen sollte sich an dieser Stelle über seine Möglichkeiten bewusst werden und diese nutzen, um zum Einen einen eigenen Beitrag zur Stadtentwicklung zu leisten und zum Anderen die sozialen und kulturellen Interessen der von ihm betreuten Studierenden effizienter zu bedienen.

Das althergebrachte Wohnheimkonzept ist ein fantasieloses Relikt aus den 50-er und 60-er Jahren, als es darum ging möglichst vielen Menschen möglichst schnell möglichst viel Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Moderne Wohnraumpolitik denkt jedoch weiter. Moderne Wohnraumpolitik nimmt das soziale Umfeld des Menschen in den Blick und denkt dieses städtebaulich mit. So ist der Bereich des studentischen Wohnungsbaus der letzte, welcher in mittel- und langfristigen Zeiträumen auf das Wohnheimkonzept setzt. In anderen Bereichen, in denen die Wohnfrage eine längerfristige Bedeutung spielt, geht man längst von der Heimbauweise ab. Dies betrifft beispielsweise den Bereich der Altenpflege und der Jugendpflege, wo mittlerweile kaum noch auf Heime, sondern auf Wohngruppen gesetzt wird.